

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1 RM., zweitjährl. 2 RM.; Durch die Post bezogen monatlich 1,50 RM., vierjährlich 4,50 RM. — Zeit- und Versammlungsmitteleinheiten pro Seite 25 Pf. — Gewaltstillette werden nicht eingezogen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Herausgeber: S. Hackmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, nämlich in Bochum, Bleckstraße 22.

Telefon: Bochum 21-42. Zeitungs-Nr. 98 v. 89. Telegramm: Alverbeck Bochum.

Tagung des Reichskohlenrats.

Am 21. und 22. November hat endlich auch der Reichskohlenrat getagt und zwar im Reichswirtschaftsministerium in Berlin. Die diesbezüglichen Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft vom 23. März 1919 sind schon am 1. September in Kraft getreten. Wir haben dieselben in Nr. 40 der „Bergarb.-Ztg.“ eingehend besprochen. Der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt eröffnete die Tagung mit einer Ansprache, worin er darauf hinwies, daß der Reichskohlenrat eine Selbstverwaltungskörperschaft und berufen sei, einen großen Zweig der deutschen Wirtschaft auf gemeinschaftlicher Grundlage auszustalten. Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Verbraucher seien auf Grund des Kohlenwirtschaftsgesetzes berufen, in gemeinsamer Arbeit im Reichskohlenrat die gesamte Kohlenwirtschaft unter Oberaufsicht des Reiches zu leiten.

Zunächst erfolgte dann der Bericht über die Bildung und Einberufung des Reichskohlenrats, die Prüfung der Mitgliedschaft, die Wahl des Vorsitzenden, Schriftführers und ihrer Stellvertreter. Es wurden gewählt als Vorsitzender Vertrater Eduard Seine aus Dortmund, als Stellvertreter Heinrich Imbusch aus Essen; als erster Schriftführer unser Bezirksleiter Fritz Wagner aus Zwickau, als Stellvertreter Generaldirektor Dr. Paul Silverberg aus Köln. Dann wurden die Mitglieder des Reichskohlenrats durch Handschlag vereidigt. Für Preisfragen und Beanstandungen wurde ein besonderer Ausschuß gewählt, der sich aus 20 Mitgliedern zusammensetzt und zwar aus 5 bergbaulichen Unternehmern, 4 Bergarbeitern, 1 Beamten des Bergbaus, 1 städtischen und 1 ländlichen Vertreter, je 1 Vertreter der Kohlen verarbeitenden Arbeiter und Unternehmer, 1 Arbeitnehmer der Gasanstalten, 2 Vertreter des Handels, 1 Vertreter des Verkehrs, 1 Vertreter der bergtechnischen Wissenschaft und 1 Vertreter der Schiffsschafft.

Von Arbeitnehmern wurden in den Ausschuß für Preisfragen und Beanstandungen gewählt: Wagner und Barth als Stellvertreter Löffelholz und Busse von unserem Verband, Steger und als dessen Stellvertreter Thiele vom christlichen Gewerbeverein, Schmidt vom H.-D. Gewerbeverein und als dessen Stellvertreter Sölvacki von der Polnischen Berufsvereinigung. Werner vom Bund technisch-industrieller Angestellten und Beamten, als dessen Stellvertreter Mellenthi in vom Verband Kaufmännischer Grubenbeamten, Gribig vom Glasarbeiterverband als Vertreter der industriellen Arbeitnehmer und als dessen Stellvertreter Münch von dem Metallarbeiterverband, Heckmann vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband als Vertreter der Gasanstalten.

Zur Führung des Ressortwesens, der Geschäftsbildungen usw. wurde ein engerer Ausschuß aus 9 Mitgliedern gebildet, dem außerdem die Vorsitzenden und Schriftführer angehören. Für die Vorstände und Ausschüsse des Reichskohlenverbands und der 10 Kohlenkonsolidate wurden die Vertreter der Arbeiter benannt. Diese Vorschlagsliste umfaßt 98 Namen; sie ist deshalb so umfangreich, weil für die einzelnen Wohlen nach dem Gesetz drei bis fünf Personen benannt werden müssen. Die Veröffentlichung würde zu weit führen und unseren Raum zu sehr in Anspruch nehmen, deshalb seien wir davon ab. In den vorläufigen Reichswirtschaftsrat wurden von den Arbeitgebern Stinnes für den Steinkohlenbergbau, Kommerzientrat Schumann für den Braunkohlenbergbau, von den Arbeitnehmern Gue und Imbusch benannt.

Der Berordnung betreffend Einführung ausländischer Kohlen wurde vom Reichskohlenrat zugestimmt. Außerhalb der Tagungsordnung stellte Stinnes dann den Antrag, der Reichskohlenrat solle zu der vom Reichskohlenkommissar betroffenen Einschränkung des Selbstverbrauchs der Hüttenzechen Stellung nehmen. Die Hüttenzechen haben sich unter Führung des Generaldirektors Bögl er schon hiergegen gewandt und erklärt, daß sie der Verordnung nicht folgen würden. Darauf hat der Reichskohlenkommissar schärfste Mahnregeln gegen eventuelle Widerständigkeit angebracht. Stinnes erklärte, es hätte nicht kommen dürfen, daß zur Sicherung des Eisenbahnbetriebs das Selbstverbrauchsrecht der Hüttenzechen derart belastet wurde. In Überfächtern liegen große Mengen und im Ruhrgebiet etwa 700 000 Tonnen Kohlen auf den Bechenhalben, die wegen Wagniss nicht abgeschafft werden konnten. Es läge also nur an der Eisenbahn. Mit den Hüttenwerken käme auch die ganze Weltverarbeitungsindustrie zum Erliegen. Was das bedeutet,

darüber müßte man sich doch klar werden, bevor man solche Verordnungen trifft. Der Reichskohlenkommissar sagte zu, daß Befriedungen betreffs anderweitiger Regelung hierüber stattfinden sollten.

Zur Bildung der Sachverständigenausschüsse schlug der engeren Ausschuß vor, zu wählen: 1. in den technisch-wirtschaftlichen Sachverständigenausschuß für Kohlenbergbau 18 Mitglieder; 2. in den technisch-wirtschaftlichen Sachverständigenausschuß für Brennstoffverarbeitung 22 Mitglieder; 3. in den sozialpolitischen Sachverständigenausschuß für Kohlenbergbau 20 Mitglieder. Dazu kommen noch ebensoviel Stellvertreter, außerdem werden Sachverständige angemäßt aus den an der Brennstoffwirtschaft beteiligten Kreisen. Sämtliche Mitglieder des Reichskohlenrats sind befugt, den Sitzungen jedes Sachverständigenausschusses beizutreten und sich an den Beratungen zu beteiligen.

Als Reichskohlenrat wurde Generaldirektor Stöhrer, der Stellvertreter des Reichskohlenkommissars, gewählt. Von den Vertretern der Arbeiter wurde während der Verhandlungen eindeutig geordnet, daß die Durchführung der Selbstverwaltung auf gemeinschaftlicher Grundlage im Bergbau so schnell wie möglich erfolgen müsse. Hoffentlich wird der Gang der Dinge jetzt etwas mehr beschleunigt.

Schließlich beschäftigte sich der Reichskohlenrat dann noch mit dem Entwurf zu einem Heimstättengesetz für die Bergarbeiter. Professor Lippsing, früher Stadtbaurat in Bochum, erläuterte im Auftrag der Regierung diesen Gesetzentwurf, der den Bau von 100 000 Wohnungen für die Bergarbeiter vorsieht. Die Mittel dazu sollen durch eine Kohlenpreiserhöhung von vorläufig 5 Mark die Tonne beschafft werden. Zur Durchführung des Gesetzes wird die Bildung von Genossenschaften geplant, insbesondere die Errichtung von Metgenossenschaften, an denen mit einem Drittel die Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Kommunalverbände beteiligt sind. Von Arbeitgeberseite wurde gegen die Vorlage Stellung genommen, insbesondere durch Herrn Stinnes, der die Vorlage als nicht ausreichend bezeichnete. Die Wohnungfrage sei viel zu weit in Umgangsformen genommen worden. Die rheinisch-westfälische Industrie hätte schon fröhler Abregungen gegeben, die aber von der Regierung nicht aufgenommen worden seien. Stinnes befürwortete Belegschaftsgenossenschaften. Er geht mithin mit den Gelben und Erdbeeren einig, die ja auch Schachtorganisationen befürworten und durchzuführen suchen.

Überregierungsrat v. Tillich erwiderte, daß von früheren Vorlagen des Bergbaus nichts bekannt sei. Die damaligen Regierungen hätten nichts zu tun mit den neuen Vorlagen. Damals sei der Bau von Wohnungen durch die Feste vorgezeichnet gewesen, jetzt handle es sich nicht nur um eine Abschaffung der Wohnungsknot, sondern um ein großes soziales Werk, das den Bergarbeitern das Recht geben soll, ein eigenes Heim zu erobern. Wenn Herr Stinnes den Plan als zu klein bezeichnete, so sei die Regierung gern bereit, ihn zu vergroßern und 200 000 Wohnungen zu errichten. Die Mittel dafür würden vorläufig durch die Kohlenpreiserhöhung um 5 Mark die Tonne geliefert. Eine weitere Kohlenpreiserhöhung für diesen Zweck könne man vorläufig nicht vornehmen, es müsse die Entwicklung des Weltmarkts abgewartet werden. Man rechne fest mit Kosten von 30 000 Mark für jedes Haus. Die Bergarbeiter sollen nicht mehr als 400 Mark im Jahr als Tilgungssumme zahlen.

Dann wurde im Beisein eines Vertreters des Eisenbahnaministeriums und einiger Lokomotivführer die Frage der unreinen Kohlen behandelt. Ein Lokomotivführer schilderte die schweren Schäden an den Lokomotiven und die Störungen im Verkehr, welche durch die unreinen Kohlen verursacht werden. Vielfach werden bekanntlich die Bergarbeiter für die unreinen Kohlen verantwortlich gemacht. Dagegen wandte sich auch ein Vertreter unseres Verbandes, der besonders geltend machte, daß neben den unreinen Flözen und heruntergewirtschafteten Separationen die stellentweisen Abbauteile an den unreinen Kohlen schuld sei. Es wurde schließlich eine Kommission gewählt, welche die Ursachen der unreinen Kohlen untersuchen und Klärung jenseits soll. Als Vertreter der Arbeiter wurde Wagner in diese Kommission gewählt. Am Interesse der Arbeiter ist es, wie in dem unserer Volkswirtschaft wäre es zu wünschen, daß es der Kommission gelingt, die Frage der unreinen Kohlen der Lösung näher zu bringen.

Beschaffungs- oder Lohnzulage?

Die Eisenbahn-, Gemeinde- und Stadtkräfte haben bislang statt einer dauernden Lohnzulage eine einmalige Beschaffungszulage erhalten. Man ist dabei dem schlechten Beispiel der früheren Regierung gefolgt, welche den Beamten ebenfalls statt einer dauernden Lohnzulage eine einmalige Beschaffungszulage bewilligte. Nun fordern auch viele Arbeiter eine Beschaffungszulage. Das war vorausgesessen. Es wäre schon darum besser gewesen, wenn auch die genannten Beamten statt der einmaligen Beschaffungszulage eine dauernde Lohnzulage erhalten hätten. Zudem hätten sie sich dabei auch besser gestanden. Die einmalige Beschaffungszulage wird zumeist wohl auch einmalig ausgegeben. Es tritt dadurch also nur eine vorübergehende Verbesserung ein, während dauernde Lohnzulagen eine dauernde Verbesserung gewährleisten.

In vielen Belegschaftsversammlungen ist nun neben der tatsächlich festgestellten Lohnzulage auch noch eine Beschaffungszulage gefordert worden. Mit derselben Recht können die genannten Beamten neben der Beschaffungszulage auch noch eine Lohnzulage fordern. Darüber muß man sich klar sein. Ebenfalls darüber, welche Folgen das auslösen würde. Schon die Beschaffungszulage hat schon Blut verursacht. So gab z. B. das führende Organ der U. G. B., die „Leipziger Volkszeitung“, den städtischen Beamten in Leipzig, welche im Oktober d. J. in einer Versammlung eine Beschaffungszulage von 1000 Pf. forderten, folgende gepfefferte Antwort:

„Als hier mit den vierzehn Millionen auf Kosten der Steuerzahler, denen es zum größten Teil wirtschaftlich noch schlechter geht als den meisten städtischen Beamten und Lehrern, nach einigen Monaten stehen die Beamten genau so da wie jetzt, und dann kann ja der Tanz aufs neue beginnen. Wie lange die Verdopplung, das erfordern kann, daraus ergibt sich. Die Harzspitze ist, daß man jetzt einen Tausendmark-Schein erhält.“

Bei der Beschaffungszulage stehen die Beamten allerdings nach einigen Monaten genau so da, wie vorher, und dann kann der Tanz aufs neue beginnen. Das trifft den Kern der Sache. Darum ist eine dauernde Lohnzulage entschieden vorteilhafter, wie eine einmalige Beschaffungszulage. Wie aber würde die unabhängige „Leipziger Volkszeitung“ nun erst losgelassen, wenn die genannten Beamten neben der einmaligen Beschaffungszulage auch noch eine dauernde Lohnzulage forderten?

Die Leipziger Volkszeitung steht übrigens mit ihrer Auffassung nicht allein. Das Hauptorgan der U. G. B., die „Freiheit“ (Berlin) veröffentlichte am 5. Oktober eine Befürchtung über den Gemeindebesteueraufschlag von 300 Prozent zur Stadtkasse, worin es heißt:

„Unsere Stadtverordneten tun gerade recht daran, den Beamten, Angestellten und Arbeitern in der städtischen Verwaltung ein den Selbstkosten entsprechendes Einkommen zu gewährleisten, aber bei weiteren Aufgaben sollte man auch an uns andere denken, die das alles bezahlen müssen. Das sollten auch die Leute bedenken, die immer neue Forderungen an die Stadt stellen. Ich bin immer für die Arbeitnehmer eingetreten, aber alles muß doch fair und gut haben. Und man darf keine neuen Maßnahmen...“

sich den Kopf, alle Augenblicke neue Forderungen zu stellen. Wir müssen das alles befriedigen, obwohl an vielen Stellen kaum Neuentwertes geleistet wird. Die Gewerkschaften sollten unsere Leute im Rathause die Arbeit nicht ausüben lassen machen. Wenn wir nächstes Jahr das Kubikmeter Gas zahlen müssen, so ist das eine Höhe, die ich nicht mehr bezahlen kann. Da müssen unsere Genossen im Rathaus den Hut haben, einmal halt zu gebieten. Wir können dies verlangen, es ist die aller abgedroht wird...“

Auch diese unabhängige „Freiheit“ hält es für notwendig, die Forderungen der Gewerkschaften, Angestellten und Beamten einzufordern, damit sie knüpfen an die vorstehende Zeitschrift folgen.

„Eins ist seitdem die zweite eine kleinen Gruppe von Beamten, Angestellten und Arbeitern zu vertreten, sondern sie sollen allen Anstrengungen zum Erfolg auch das Allgemeininteresse im Auge halten.“

Die „Freiheit“ steht hier ausdrücklich fest, daß die Interessen einer Partei nicht dem Allgemeininteresse vorrangig stellt werden dürfen. Unser Verband ist nun politisch neutral, d. h. unbefangen von jeder Partei. Solche Neuerungen sind darum für uns nicht maß- und richtunggebend.immerhin können wir nicht blind fordern. Wir müssen uns vielmehr immer wohl überlegen, ob und wie Forderungen durchführbar sind, bevor wir die erledigen. Mit blinden Forderungen kann man allenfalls in Belegschaftsversammlungen glänzen, aber nicht vor der harten Wirklichkeit.

Unser Verband wird besonders in letzter Zeit mit Forderungen überflutet, die in Belegschaftsversammlungen erhoben wurden. Wir haben schon in Nr. 48 der „Bergarb.-Ztg.“ ausgeführt, daß die Freiheitlichkeit der Belegschaftsversammlungen in unverbindlichem Verhältnis steht zu ihrer Zuständigkeit. Für unseren Verband haben nur Mitgliedsbeschluß Geltung. Belegschaftsbeschluß haben für uns nur dann Gültigkeit, wenn lediglich Mitglieder der vier Verbände dabei mitgewirkt haben. Das kann es jedoch nur selten geschehen und darum können wir Belegschaftsbeschluß in der Regel nur als bloße Aufforderung verstehen. Wir haben trotzdem nichts dagegen, wenn uns die Belegschaftsbeschluß zugesandt werden. Aber dann soll man uns auch gleich mitteilen, ob und wie dieselben durchgeführt werden können. Das ist bisher in keinem einzigen Falle geschehen. Wir wollen es dazu in der „Bergarb.-Ztg.“ aufgefordert haben. So wird den Bergarbeitern durch die Belegschaftsversammlungen lediglich ein Arbeitszeugnis ausgestellt.

Wir treten für alle Forderungen ein, welche durchführbar sind, ohne daß wir dabei ins eigene Fleisch schneiden. Bei dieser Freiheitigkug braucht uns niemand die Wege zu zeigen. Bei allen Kämpfen sind wir verhandeln und Verhandlungen haben wir herauszuholen, was möglich war. Aber es gibt Grenzen. Für die Lohnzulagen müssen wir uns die Lohnsteigerungen in Kauf genommen werden, in letzten Endes auch von den Arbeitern selbst mitgetragen werden, um keinen Verlust zu erleiden. Eine Beschaffungszulage würde weitere Preiserhöhungen in allen Lohnsteigerungen immer wieder ein und überholte die oft noch so hoch die Arbeiter nicht besser, sondern noch schädlicher gestellt sind. Da haben wir uns doch zu fragen: Kann auf der Preisteigerungen heraus?

Die in der Freiheit nicht direkt sein. Dort entscheidet sich mehr das Gefühl, ob verstandesmäßige Überlegung vorwärts kommt. Diese sagt uns, daß für die Arbeiter nichts gewonnen werden kann, wenn der eine Forderung die andere treibt, ebenso wie ein Preis den anderen. Die Forderung, das neben einer dauernden Lohnzulage noch eine einmalige Beschaffungszulage gezahlt werden soll, wird alle diejenigen auf den Plan rufen, welche nur die einmalige Beschaffungszulage, dafür aber keine dauernde Lohnzulage erhalten haben. Darüber muß man sich klar sein, ob schnell gefordert, aber nicht so schnell durchgeführt. Ist es da nicht besser, zu fordern: Beschaffungs- oder Lohnzulage? Das mögen sich diejenigen Bergarbeiter doch einmal überlegen, die bisher den größten Maul und dem kleinsten Hirn in den Belegschaftsversammlungen Gefolgschaft leisteten.

Um Erhöhung des Krankengeldes.

Die unterzeichneten Vorstandsmitglieder des Allgemeinen Knappenscheidsvereins Bochum haben folgende Eingabe an den Herrn Präidenten und die Mitglieder der Nationalversammlung in Berlin gerichtet:

Bochum, den 12. November 1919.

Im Auftrage der Mitglieder des Knappenscheidsvereins Bochum gestalten sich die Unterschriebenen folgende Eingabe zu unterbreiten in der Hoffnung, daß sie Unterstützung und Annahme findet:

Der § 180 ist Wortlaut folgendermaßen:

„Die Kosten der Versorgung der Kranke werden nach einem Grundlohn bemessen. Unsere Klasse fordert, für welche die Kasse errichtet ist, bis 18 Mark für den Arbeitstag.“

Die Sitzung kann den durchschnittlichen Tagessentgelst auch nach der verschiedenen Lohnhöhe der Versicherten aufsetzen bis 18 Mark festlegen.

Die Festsitzung bedarf der Zustimmung des Oberverfassungssenats (Beschlußkammer).

Die Sitzung kann statt des durchschnittlichen Tagessentgelst den tatsächlichen Arbeitsentgelst der einzelnen Versicherten festsetzen.

Für freiwillig eintretende, für die sich hiernoch kein Grundlohn ermitteln läßt, bestimmt ihn die Sitzung.“

Begündung:

Vor dem Kriege, und zwar im 2. Viertel 1914, hörte der Durchschnittslohn aller Arbeiter im Bergbau 5,22 Pf. pro Schicht. Er stieg auf 19 Pf. im Oktober 1919. Der Lohn der eigentlichen Bergarbeiter stand im 2. Viertel 1914 auf 6,19 Pf. im Oktober 1919 auf 24,41 Pf. Der § 180 der RVO ist auf die Friedenssituationen eingegangen.

ordnung vom 22. 11. 1917 gewährt der Steigerung der Löhne eine Verbesserung, da aber heute die Preise für alle Lebensbedürfnisse ungeheuer gestiegen sind, auch die Löhne um 100 Prozent höher stehen, wodurch sich dieselbe Steigerung der Grundlohnsätze mindestens notwendig. Der Arzte, der eine zahlreiche Familie hat und als Hauer 26 Mk. und mehr verdiente, ist bei dem heutigen höchstzulässigen Krankengelde von 7,50 Mk. täglich der größten Not ausgesetzt. Bei längerer Krankheit gerät er so in Schulden, dass jede Arbeitslust bei Wiederaufnahme der Arbeit schwunden wirkt. Seine Familie kann nicht einmal mehr die rationierten Lebensmittel kaufen, abgesehen von all den sonstigen sich notwendig machenden Neuanschaffungen. Sie verbleibt im vollen Sinne des Wortes.

Der Menschheit ganzer Jammer fährt einer an, wenn man, wie wir, Gelegenheit hat, die Familien der länger franz feiernden Bergarbeiter zu betrachten. Ein skrophulus, thabillisches Geschlecht wächst da heran, weil bei dem niedrigen brausengelde Hunger ständiger Gast bei den Familien der Aranten ist. Die Not, die der arante täglich vor Augen sieht, wirkt so niederdrückend auf ihn, daß auch seine Heiterung sich blutzu zieht zu seinem eigenen und zum Schaden der Volkswirtschaft. Schnelle Abänderung des § 180, schlemigste Hilfe tut hier dringend not, denn die Jugend birgt Deutschlands Zukunft, und sie erscheint uns grauenhaft, wenn wir die vereinsete Jugend der Kranken beobachten. Deshalb: Videant consules! Helft, solange es noch nicht zu spät ist!

Von hochauflösungsbarem Urkunden:
Friedrich Jungesblus, Dortmund 18, Evinger Straße 159.
Hermann Linke, Dortmund 12, Einscherstraße 1.
Hermann Klare, Altenessen, Essener Straße 57.
Karl Krämer, Günnigfeld, Kirchstraße 10.
Johann Lämber, Mülheim, Steinbüchelstraße 261.
Johann Weber, Gladbeck, Kampstraße 1.
Josef Freimuth, Pechum 5, Schulstraße 10.

**Lieferung nur belter Lokomotivfabrik, ein
dringendes nationales Bedürfnis.**

Die Säulenbahn hilft mir nicht, aber sie ist sehr schönes Bild.

Die Eisenbahnen bilden das Blut des Wirtschaftsörbers. Ohne dieses Blut nicht lebendig durch sämliche Ecken der deutschen Wirtschaft, dann steht es an allen Orten und auf allen Gebieten und — es fehlt ein Organ nach dem andern ab. Das empfinden wir heute leider nur allzu sehr. Deshalb ist es eine hohe volkstümliche Pflicht aller berjenigen, die für die Erhaltung der Betriebsstörungen der Eisenbahnen ständig etwas tun können, dafür ihre ganze Kraft einzusetzen.

Dagegen liegends etwas kein Hinweis, damit wir keine Spur verlieren könnten.

Von diesem Billigkeitsgefühl beeinflußt besprochen die Vertreter des Lokomotivführerstandes auf ihrer am 22. Oktober in Berlin abgehaltenen Generalversammlung die Tittel und Wege, die zur Abstellung der Errungungen im Eisenbahnverkehr und zur Herabsetzung der Betriebskosten durch Eisenbahn geeignet erschienen. Es ist nicht unbekannt, daß wir durch Lokomotiven im Betriebe nochtwendigen Veränderungen bedient werden müssen, die unter den früheren geordneten Verhältnissen nicht als betriebsfähig gegolten hätten. Auf Grund der harten Wettbewerbsbedingungen haben wir 5000 der besten Lokomotiven an die Entente abgeben müssen. Einmal müssen wir eine weitere Anzahl Lokomotiven abgeben. Es gilt nun, mit dem uns verbleibenden starken Maschinennachmaterial neue Betriebsleistungen zu vollbringen. Was zur Herabsetzung der Betriebsaufwands der Lokomotiven von der maschinellen Seite aus zu geschehen hat, ist alles bereits in die Wege geleitet; es möge in diesem Bericht auch berücksichtigt werden.

Gehöten zu einem leistungsfähigen Eisenbahnbetrieb in einer Linie betriebsfähige Lokomotiven, so ist deren Leistungsfähigkeit in hohem Grade von einer vollwertigen Lokomotivkette abhängig. Auf der Versammlung des Lokomotivführerverbandes wurden viele Alasen laut, daß die zur Lokomotivsteuerung abgestellte Stahlziegelrohre sehr ungeeignet sei. Durch eine einstimmig angenommene Entscheidung wird u. a.

„in Ansehung der Tatsache, daß die höheren Schicht-Qualitäten der Dolomitisfesteung angelieferten Kohle eine der erheblichsten Ursachen der jetzigen ungünstigenden Eisenbahnbetriebsleistungen ist, um die mangelsdienben Kreuze der dringende Appell geltet, nur allen geeigneten Mitteln auf die unerträgliche Belastung mit guter Performance Kohle hinzuwirken. Die seit längster Zeit angelieferte Dolomitis Kohle hat nicht nur ungünstigen Heizwert, sondern ist auch zum größten Teile, vielfach bis zu 50 Prozen. und mehr mit Sulfatmineralen durchsetzt, wodurch die Feuerzähligkeiten verringt werden, verschlossen und die Verbrennungsfähigkeit im Abgang noch beträchtlicher Lokomotiven übernommen werden kann. Die Veranschauung

Verwertung der Kohle.

Bewertung der Röte.

Von der Verschwendung, die mit der einfachen Verbrennung der Kohle verbunden ist, wird man so lange nicht loskommen, als man die Kohle lediglich als „Brennstoff“ betrachtet, anstatt sie als „Rohstoff“ für eine ganze Reihe unserer wichtigsten Industrien anzusehen. Der alte, aber längst als unfruchtig erkannte Zustand ist die Verfeuerung unserer Rohöl unter den Dampfkesseln oder im Haushalte. Dabei erhalten wir Wärme und Kraft, aber in einem geradezu schrecklichen Verhältnis zu der Gesamtmenge der in der Kohle eingespeicherten Energie. Mit den entzweischenenden Rauchgasen trüpfen wir dafür den Hauptteil dieser Energieverluste ungenutzt in die Luft und zerstören sogar noch etliche wertvollen Verbindungen, die wir bei einer Vergasung oder Entgasung der Kohle für zahllose Industrien nutzbar machen könnten.

Nur durch Vergasung der Kohlen können mit der bisherigen Verwendung vorbeugen. Die Vergasung kann nun entweder eine teilweise oder eine vollständige sein. Bei der teilweisen Vergasung bleiben von der Stohle Stöls und reiner Abfall (Stetze) als restliche Bestandteile zurück, während brennbare Gase, wie Wasserstoff, Kohlenstoff, Methan (Grubengas) und schwere Kohlenwasserstoffe, die zusammen das Destillationsgas (Leuchtgas) ergeben, entweichen und aufgesaugt werden. Außerdem entstehen noch Ammoniak, der sich in dem Gasstrom befindet lässt, Chor, das bei der Reinigung des Gases zurückgehalten wird, und eine große Zahl von organischen chemischen Verbindungen, die häufig im flüssigen Zustand kondensieren. Bei einer teilweisen Vergasung von 100 Tonnen Kohlen entstehen, wenn die Temperatur nicht zu hoch geworden ist, rund 140 To. Acet und Ester, während 60 To. als gasförmige oder flüssige chemische Verbindungen nebenher gewonnen werden. Bei der vollständigen Vergasung wird auch noch der Stöls unter Zuhilfenahme von Wasserstoff in Wasserstoff und Kohlenstoff verwandelt, welches Gas sich mit dem reinen Wasserstoff bezeichnet wird. Das Resultat der vollständigen Kohlenvergasung ist also eine Füllung des Destillationsgases (Leuchtgas) und Wasserstoff, amorpher Staub und Sammelflocken, die abgesaugt werden.

Die vollkommenen Bergung der Steinlohe ist überall dort angestrebt, wo bei der Entladung ein minderwertiger Stof absfällt, der eine mit ungünstige technische Bedeutung für den Betrieb sind. Der Entladung unterwirft man jolche Abfallsorten, die Soziale liefern. Dieser ist unbedenklich bei der Verarbeitung des Rohstoffes und bei einer Reihe weiterer wirtschaftlicher Zwecken noch unerlässlich und sollte an Stelle der Steinlohe auch überall dort auskömmlich verwandt werden, wo bestehende Heizanlagen nicht oder nur mit großen Kosten für Sicherung eingerichtet werden können; in erster Linie also unter Lokomotiv-, Schiff- und anderen Komplexein, in Zentralheizanlagen und in Bimassen, josern diese nicht auskömmlich für Braunkohleindustrie eingerichtet sind. — Eine solche Förderung steht natürlich zunächst auf schwierigem Wege, da insbesondere Petroleum- und Gasstellen nicht für Pferdeförderung eingerichtet sind, und bei der Binnerheizung auch aus einzelne Konstruktionen von Feuerherden den Stof entzündbares zu verbrennen gefallen. Aber diese Schwierigkeiten sind durchaus nicht unabwendlich, und sie müssen überwunden werden, wenn man der Kohleverbrauchung und vor allen der Vergewaltigung der sonst unentbehrlichen Ressourcen vorzeigen will. Wir müssen also an das Gesetz mit den uns verbleibenden Rohstoffmengen haushalten, um einen Wirtschaftsbetrieb aufrechtzuhalten und unsere Industrie wieder leistungsfähig zu machen. Der Anfang zu einer rationellen Ausnutzung der Ressourcen muss bei allen Heizanlagen gemacht werden, für die die aus-

erhofft insbesondere von einer aussländenden Aussprache mit den Vertretungen der Bergarbeiter und deren Vaterschaftsamt Pflicht- und Verantwortungsgefühl eine Besserung der Lokomotivfahrt ...”

Für die Bergarbeiter wird es nicht uninteressant sein, aus der Praxis des Lokomotivdienstes zu erfahren, wie die schlechte Lokomotivwirtschaft auf den Eisenbahnbetrieb wirkt und letzten Endes ihre eigenen Interessen schädigt. Im Wesen der Lokomotive liegt es, dass der Lokomotivdiesel bei der Fahrt vor dem Zuge große Mengen Dampf verfeuern muss, die von den zwei, drei oder vier Dampfsäulindern verbraucht werden. Die Dampfleistung erhellt für den Betrieb schon daraus, dass bei zweit- bis vierstündigem Fahrt bis 15 Kubikmeter Wasser (15 000 Liter) und teilweise noch mehr verbraucht werden, bei einem Kohlenverbrauch von 2 bis 3 Tonnen, unter ungünstigen Umständen noch mehr. Enthält die Roheis nur viel Schiefer, Steine, Bergmittel oder sonstige schlackenbildende Stoffe, dann ist die Lokomotivfeuerung voll

sich die deutschen Bergarbeiter erworben haben. Durch vorstehende Setzen möchten wir eine wohlgemeinte Anregung gegeben haben.

Diese Darlegungen zeigen ebenfalls, wie verhängnisvoll die Raubwirtschaft während des Krieges für uns geworden ist. Um die Förderung zu steigern, wurden auf Anordnung des damaligen Ministers Dr. Schröder die Neben- und Vorrichtungsarbeiten und der Abbau der weniger ergiebigen Flöze eingestellt und alle verfügbaren Kräfte in die ergiebigsten Flöze verlegt. Die Förder- und Betriebseinrichtungen, sowie die Kohlenwäschchen, Kohlensiebereien usw., wurden heruntergebracht und sind infolgedessen jetzt wenig brauchbar oder ganz außer Betrieb. Jetzt müssen die Neben- und Vorrichtungsarbeiten nachgeholt und auch die weniger ergiebigen Flöze abgebaut werden. Das verursacht natürgemäß einen großen Verlust. Die weniger ergiebigen Flöze sind zudem auch noch meist sehr unrein, so dass es unmöglich ist, reine Kohlen zu liefern. Wo die Kohlenwäschchen und Kohlensiebereien heruntergebracht und nicht wieder betriebsfähig gemacht sind, werden diese unreinen Kohlen versandt. Welche Folgen das hat, ergibt sich aus den vorstehenden Darlegungen. Die Bergarbeiter tragen dafür keine Verantwortung.

Betriebswirtschaftliche Handbuch.

Herabsetzung der Lebensmittelpreise.

Man fordert von der Regierung eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise. Am selben Augenblick werden aber manche Produkte teurer. Das kann die Bevölkerung nicht verstehen und sie gibt allgemein der Regierung die Schuld. Auf der anderen Seite steht die Landwirtschaft und fordert Erhöhung der Preise, weil sie nicht in der Lage sei, bei den gelegenen Preisen für Saat, Dungsmittel, Arbeitslöhnen, Transporationen und vergleichen mit den jetzigen Preisen auszukommen. Die massgebenden Instanzen müssten sich davon überzeugen, daß für manche Produkte eine Erhöhung einzutreten muß. Die Bevölkerung glaubt aber, daß die Lebensmittel billiger werden müssten, weil die Regierung Ende Juni 1½ Milliarden Mark zur Verbilligung der Lebensmittel zur Verfügung stellte und weil sie später erneut beschloß, weitere 5½ Milliarden Mark zu diesem Zweck bereit zu stellen. Die Bevölkerung ist der Auffassung, daß diese 5 Milliarden Mark sich doch bemerkbar machen müssten. Das sei jedoch nicht der Fall und es tauchten deshalb die verschiedenen Gerüchte auf über den Verbleib dieser 5 Milliarden Mark.

Geachte und Herrn von Bredow steht gern zu Diensten.

Zumindest muß trügerisch werden, daß Anfang Juli durch den Burschus von 115 Milliarden Mark doch eine wesentliche Verbilligung eingetreten ist. Für amerikanisches Fleisch hatte man bis dahin 2,18 pro Pfund bezahlt, der Preis sank auf 84 Pf.; für Hühnerfleische sank der Preis von 3 auf 25 Pf., für Fleisch von 15 auf 5 Pf. Ebenjato trat bei Evid. Fett, Fleis., Backost, Sonderherte Fleisch u. dgl. eine wesentliche Verbilligung ein. Waren am 1. Oktober keine neuen Mittel zur Verbesserung geplant worden, dann hätten die Produkte nicht nur die Preishöhe vor dem 7. Juli erreicht, sondern wären noch gestiegen, weil inzwischen fast alles teurer geworden ist. Es muß ferner berücksichtigt werden, daß die Zuschüsse, die das Reich zur Versorgung gestellt hat, hauptsächlich zum Einlauß von ausländischen Lebensmitteln Verwendung finden. Nach Angaben des Reichswirtschaftsministers kostet der Reis 60 Pfennige pro Kilo das ausländische Roggengemehl 4400 Mark die Tonne gegenüber einem Preis von 600 Mk. für inländisches Mehl. Ausländisches Fleisch kostet das Pfund etwa 12 Mk., im Einland 4 Mk. Für ausländische Kartoffeln werden bis zu 40 Mk. pro Kettner bezahlt und für ausländischen Zucker etwa 8 Mk. pro Pfund. Würde der freie Handel diese Produkte einführen, und er müßte zweifellos dafür dieselben Preise bezahlen, dann würde, abgesehen vom Verlust des Handels, eine sozialistische Familie allein für Brot pro Woche etwa 10 Mk. gebrauchen für Fleisch 24 Mk., für Kartoffeln 15 Mk. usw. Daselbe wäre der Fall, wenn die Regierung nicht Zuschüsse für Verbilligung der Lebensmittel bereitstellt hätte. Wenn man also von Verbilligung redet, kann man nicht immer glauben, daß die Preise nun gegen die jetzigen gesetzten sinken müssen. Von einer Verbilligung kann man auch reden, wenn man verhöhlt, daß die Preise im Kleinhandel noch weiter steigen, obwohl man beim Großhandel bedeutend mehr bezahlen muß. Der Stand mischt Paluma-trägt mit dem bei, daß wir die Produkte in Auslande temer einzuführen müssten. Es ist sogar fraglich, ob unter den heutigen Umständen die Summe von 35 Milliarden Mark über den Winter ausreicht. Diese Gesamtzusammenhänge dürfen nicht außer Acht gelassen werden bei der Beurteilung der Summe, die die Regierung auf Verbilligung der Lebensmittel zur Versorgung gestellt hat. Wenn man sagt, die Verbilligung sei nicht zu verspüren, so ist das eine Lüsfäschung. Man mußbezweifeln die Wirkung sofern bestehen, wenn die Zuschüsse wegfallen und die Preise dadurch gewaltig in die Höhe schreiten.

Zum Kampf gegen das Schieberumwelen

Unsere durch den Krieg bedingte wirtschaftliche Notlage ist von gewissenlosen Leuten aller Berufssorten und Volksstichen benutzt worden, sich durch Kettenhandel und Wucher mit den Überang knappen Waren zu Händen auf Kosten der Allgemeinheit unmissig zu bereichern. Hierbei muß leider festgestellt werden, daß auch Offiziere, Staats- und Gemeindebeamte bis Zeileiter erfolgreich unterstützen. Nur gedachten Blüte unmisselblich das Siegertum nach der Revolution als durch die

Auch bei der Schiffsmaschine kann von der Kohlenvergasung Nutzen gezeigt werden, indem die hier abfallenden Treiböle zum Antrieb von Explosionsmotoren angemessen werden. Die bisher angestellten Versuche sind sehr erfolgversprechend ausgefallen, und insbesondere die Versuchungen unserer U-Boote haben erwiesen, daß der Explosionsmotor eine ebenso zuverlässige Schiffsmaschine ist wie die Dampfmaschine.

Die Versicherung von Stahlseilen zum Zwecke der Elektrizitätsversorgung muß gänzlich unterblieben werden, was auch keinerlei Bedenken unterliegt. Gerade die Elektricitätswerke können sofort von der Stahlseilensicherung zur Holzfassung übergehen. In der weiteren Folge aber kommt die Elektrizitätserzeugung mit Explosionsmotoren in Betracht, die um so weniger Schadstoffe machen, je mehr auf eine Zentralisierung der Elektrizitätserzeugung hingearbeitet wird. Mit der allgemeinen Entwicklung steht das durchaus in Übereinstimmung, denn diese zielt dahin, die Elektrizitätsversorgung wenigstens innerhalb geschlossener Wirtschaftsbezirke zu vereinheitlichen und alle Elektrizitätserzeuger auf eine gemeinsame Sammelmastätte arbeiten zu lassen. Das großartige Projekt des Bohrwerkes, daß die gesamte Elektrizitätsversorgung Senners rechts des Rheins übernehmen soll, wird hi nicht

versorgung während Zeiten des Siebens vornehmen soll, wird in nicht zu ferner Zeit Wirklichkeit geworden sein. Ebenso sind in Rheinland-Westfalen, Schlesien und Sachsen alle Voraussetzungen gegeben, um diese Landesteile zu geschlossenen Elektrizitätsversorgungsgebieten zu machen. Es würde auch nicht auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen, diese Gebiete untereinander zu verbinden. Die eventuellen Lücken können sehr gut durch Elektrizitätserzeugung in den verstreuten Braunkohlenbezirken ausgefüllt werden. Nur Ost- und Westpreußen, Pommern, die uns verbliebenen Teile von Posen sowie Teile von Hannover sind ungünstiger gelegen. Aber in diesen Gebieten sind wieder große Torslagerstätten vorhanden, die noch bei weitem nicht voll ausgenutzt sind. Die Kraftversorgung für diese Elektrizitätswerke sollte, soweit nicht Wasserkraften vorhanden sind, ausschließlich durch Gasmaschinen erfolgen; nur dort, wo Braunkohlen und Torei zur Verfügung stehen, können vorläufig noch Ausnahmen zugelassen werden. Aber auch hier muss die vollständige oder wenigstens teilweise Vergasung der Brennstoffe — unter Gewinnung der Nebenprodukte — angestrebt werden. Die vorhandenen städtischen Elektrizitätswerke, die als Reserven für die Zeiten der Hochbelastung bestehenbleiben können, sind allmählich gleichfalls auf den Betrieb mit Explosionsmotoren einzurichten. Das benötigte Gas ist aus den städtischen Gasanstalten oder aus eigenen Wassergas- oder

Mischgasanlagen zu beziehen. Von vornherein ist jedoch das Augenmerk darauf zu legen, daß auch bei der Versorgung mit Gas eine größere Zentralisierung als bisher einzutreten hat. Gasfernleitungen, bis auf 200 Kilometer bieten heute keine unüberwindlichen Schwierigkeiten mehr. Dadurch wird der Transport und die Lagerung von Steinkohlen, die heute deren Güte beeinträchtigen, eingeschränkt, und es wird wiederum rollendes Material und Schiffsraum für wirtschaftlichere Zwecke frei.

mobilisierung große Gewerkschaften freiließen und sich die Gelegenheit bot, in dem besetzten Gebiet sich Auslandswaren zu beschaffen.

Trotz aller gesetzlichen Maßnahmen kann man heute von regelmäßigen Schieberorganisationen sprechen. Ihre durchgreifende Bekämpfung und Unterdrückung ist heute im Interesse des Volkswohles das Gedot der Stunde.

Zu diesem Zweck wurde u. a. der Überwachungsdienst beim Oberkommando des Heeres gerufen, der jetzten Zentralität in Berlin und etwa 20 Zweigstellen im Reich hat und in Verbindung mit sämtlichen örtlichen und staatlichen Behörden arbeitet. Die sitzt Rheinland und Westfalen zuständige Zweigstelle befindet sich in Münster, Steinfurter Straße 43 (Telefon 2229), welche im Monat durchschnittlich für etwa 1½ Millionen Mark beschaffene Waren erfasst und der Allgemeinheit wieder zufügt.

Die Tätigkeit des Überwachungsdienstes erstreckt sich im einzelnen: 1. auf die Überwachung des gesamten Staats-, Heeres- und Privat-

eigentums; 2. die Begleitung von Wahrtransporten durch besonders gesetzte Beamte; 3. die Bekämpfung des Schleichhandels in jeglicher Form mit den sich daraus resultierenden Ermittlungen. Die an sich schon

bedeutenden Erfolge würden indessen wesentlich vermehrt werden können, wenn jeder, dem an der Sicherung unseres Wirtschaftslebens und an

Materials an die vorgenannte Dienststelle zur Bekämpfung des Schieberums beitragen würde. Hierbei wird gebeten, alle Mitteilungen mit voller Namensangabe zu versetzen, um gegebenenfalls Nachfragen zu ermöglichen. Aus diesem Grunde sind anonyme Anzeigen häufig wertlos. Da die Namen streng gehalten werden, bedarf nicht der Erwähnung. Besonders setzt sich auf die Begleitung von Transporten hingewiesen. Sie dürfen sich vor allem bei den derzeitigen Unruhen dann empfehlen, wenn wertvolle Gegenstände in Waggonladungen zum Versand gelangen. Beamte stehen zu diesem Zweck nach Einvernehmen mit der Dienststelle ständig zur Verfügung.

In vielen Städten sind auch Wucheramter eingesetzt worden, um das Schieberwesen und den Wucher wirksam zu bekämpfen. Dabei muß die Bevölkerung mithelfen. Die Schieber und Wucher rekrutieren sich aus allen Bevölkerungsschichten. Sie können nur wirksam gefaßt werden, wenn die Bevölkerung mithilft. Gleich das aber nicht, dann müssen alle Maßnahmen versagen.

Soziales Recht — Arbeiterversicherung.

Stellung der Arbeitskammer für den Ruhrbergbau.

Am 22. November tagte in der "Erholung" zu Essen die Arbeitskammer für den Ruhrbergbau. Auf der Tagesordnung standen: 1. Genehmigung eines Haushaltplanes; 2. Entschließung zum Bergarbeiterheimstättengesetz; 3. Betriebsstrategie.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung wurde der vorgelegte Haushaltspunkt nach dem Entwurf des Rechnungsausschusses angenommen.

Über Punkt 2 war bereits in der vorangegangenen Sitzung vom 8. Nov. 1919 eine Aussprache erfolgt und die Abstimmung über die Entschließung auf die folgende Sitzung zurückgestellt worden. Die Abstimmung innerhalb der einzelnen Gruppen Arbeitnehmer, Angestellte und Arbeitgeber ergab die einstimmige Annahme folgender Entschließung, die der Nationalversammlung sowie dem Reichswirtschaftsministerium unterbreitet werden soll:

Die Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebietes hält die Steigerung der Kohlenförderung für dringend notwendig im Interesse des wirtschaftlichen Aufbaues, besonders aber zur Entwicklung unserer Exportindustrie, um vollwertige Zahlungsmittel zur Bezahlung unserer lebensnotwendigen Einfüsse zu waffen und der Weltbewerbung entgegenzuwirken.

Eine erhebliche Steigerung der Kohlenförderung ist aber nur möglich, wenn es gelingt, dem Steinkohlenbergbau weitere große Arbeitsmengen einzuführen. Die wirtschaftliche Voraussetzung dafür ist die Beschaffung von geeigneten Wohnungen. So ist der Eigentumsmarkt der deutschen Wirtschaft am Ende gedreht und die unumgänglichen Mengen für die Ausfuhr geworden waren, so muß die Steinkohlenförderung allein im Ruhrbezirk um etwa ein Drittel gesteigert werden. Dazu ist eine Vermehrung der Belegschaften um etwa 150.000 Arbeiter notwendig, für deren Unterbringung etwa 100.000 Wohnungen neu befaßt werden müssen.

Die Lösung des Wohnungsproblems im Bergbau kann bei der Höhe der aufzuwendenden Mittel nicht nur der privaten Initiative überlassen bleiben. Die Arbeitskammer betrachtet es als eine Pflicht des Staates, die schwierige Aufgabe zu lösen und die Ausbringung der nötigen Mittel herbeizuführen, die um zweitmäßigsten durch einen sozialen begrenzen Gehaltspreisaufschlag an alle in den deutschen Steinen geförderten bezogenen abgeschafften Stein- und Braunkohlen zu gewinnen sind. Eine Aufschaltung der unabsehbaren Aufgabe würde den Bergbau aufzuhören lassen, der Wirtschaft die nötigen Rohstoffe zur Verfügung zu stellen.

Die Arbeitskammer rügt daher an die Räteleitung das dringende Erfordernis, der Nationalversammlung unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Wohnungsklage im Bergbau nach bestehenden Gesichtspunkten zu lösen sucht.

Zur Beratung über den Betriebsräte-Gesetzentwurf wurde seitens der Arbeitnehmer mit aller Deutlichkeit betont, daß ohne das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte der Gesetzentwurf unannehmbar sei, die neue Rettung auch in wirtschaftlicher Beziehung der Arbeiterschaft das Mitbestimmungsrecht bringen. Die Betriebsräte gaben eine Erklärung ab, daß sie nach wie vor bestrebt seien würden, mit der Arbeiterschaft in engster Verbindung die bergbaulichen Angelegenheiten zu regeln, daß sie den Betriebsräte-Gesetzentwurf aber als schädigend für den Bergbau hielten. Sollte aber dennoch die Nationalversammlung zur Verabschiedung des Entwurfs kommen, so würden sich die Betriebsräte des Ruhrbergbaus auf den Boden des Gesetzes stellen und die Bestimmungen sogleich durchführen. Nachstehende Entschließung wurde von den Arbeitervertretern einstimmig angenommen:

Die Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebietes befürchtet von einem Abbau der Rechte der bestehenden Betriebsräte die schwersten Störungen des Wirtschaftslebens. Sie hält daher die weitesten Grundsätze des der Nationalversammlung vorliegenden Gesetzentwurfs als das Mindestmaß festen, was notwendig ist, um Arbeitnehmer und Angestellte an der Wirtschaft zu interessieren und betriebsfördernden Konflikten vorzubeugen.

Die Arbeitskammer ersucht die Nationalversammlung dringend aus den gleichen Gründen um Berücksichtigung der von den Bergarbeiterverbänden vorgeschlagenen Verbesserungsanträge.

Von der Abstaltung für Angestellte hätte sich der Grubeninspektor Scheicher der Abstimmung enthalten. Alle übrigen Angestelltenvertreter haben der Entschließung zugestimmt. Die Werksvertreter haben sich in ihrer Vortragsrede zur Erklärung gegen diese Entschließung ausgesprochen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Was ist ein Gewerkschaftsbund?

Ein Bonze ist ein buddhistischer Priester in Japan, China und Indien. Im Sprachgebrauch der kommunistischen und syndikalistischen Gewerkschaftsbündner ist nun etwa seit Jahresfrist das Wort Gewerkschaftsbund aufgetaucht, womit viele ihre Bezeichnung gegen alles ausdrücken, was die Gewerkschaftsbünde sagen, schreiben, tun, vorschlagen, in Ansicht stellen oder auch nur anzubieten wagen. Dabei ist den meisten Bedeutung und Einfluß dieses Wortes gar nicht selten. Sie wissen nicht, daß Bonze Priester heißt und folglich Gewerkschaftsbund Gewerkschaftsprüfer. Die freigewerkschaftliche "Dachdecker-Ztg." beantwortet die Frage: "Was ist ein Gewerkschaftsbund?" wie folgt:

Es ist fast immer einer, der der Sozialdemokratischen Partei angehört und im Kriege die Politik der Generalkommision vertrat, weil er glaubte, damit seine Gewerkschaft am besten zu dienen. Meistens ist der Bonze schon so lange gewerkschaftlich und politisch organisiert, wie die anderen noch nicht einmal alt sind. Er wurde schon gemacht, mit seiner Familie oft aus seiner Heimat vertrieben, als die, die ihn heute beschimpfen, noch mit dem Finger auf „so einer“ zeigten, der schon in den 90er Jahren des vorhergehenden Jahrhunderts seine Haut zu Martini trug. Das ist rein äußerlich ein Gewerkschaftsprüfer. Er hat besondere Kennzeichen an sich. In der Regel wurde er schon ein düsteres einstimmig wiedergewählt, so daß er in vollem Maße das Vertrauen seiner Kollegen besitzt. Wenn man in alten Protokollen nachliest, findet man sogar von radikalen Rednern befürchtigt, daß so ein Bonze auch etwas von der praktischen Arbeit versteht — falsch natürlich. Da er aber seiner Überzeugung treu bleibt und nicht gleich aus Angst brocklos zu werden, zu einer radikalen Richtung hinüberwechselt, ist er heute ein dummes Luder, das sich den Unternehmern verläuft, sich von der Regierung bestehen läßt.

So ein verächtlicher Gewerkschaftsbündner hat meistens seit Jahrzehnten schon den Kampf für seine Mitarbeiter als seine Lebens höchste Ziel betrachtet, hat vielleicht auf Familienangehörige und Erholung nach Feiertag verzichtet, um sich etwas Wissen anzueignen und nicht bloß Unterricht zu schreiben, wenn er mit Unternehmern oder Behörden zusammen-

kommt. Er gab sein Geld für Bücher aus, um sich zu bilden. Deshalb haben die, die auf alles das warten, doppelt soviel auf ihn zu schimpfen, wenn er spricht, die anderen nachdenken müssen und nicht klug vom Phrasenkreis benebelt werden.

So ein Priester der Gewerkschaften, der seit 30 Jahren sitzt den Sonntags und überdies auf der Wahn liegt, von dem Unternehmen nichts versteht. Das können nur die, die noch nicht soviel Markt im Verbandsbuch haben, um Krankenunterstützung zu bekommen, obgleich sie im Schwabentälern sind. Wenn dann der Bonze kommt und sich darüber austässt, daß sie selber die alten Gewerkschaften allein haben können, weil die Revolution nur ein militärischer Zusammenschluß war und noch nicht die wirtschaftliche Gemeinschaft bringen konnte, weil die Revolution erst den Boden gegeben hat, auf dem wir uns der Freiheit entledigen können, dann haben sie die Hand, sehen den Bonzen mißleidig an, betrachten seine Schädelform und sagen sehr lächelnd: "Das verschafft mir nur auf die Bildung, auf das Studium und auf die Unterhaltung der jungen Leute einen Nutzen, der nicht soviel ist, wie der Aufgabe, die wir als Gewerkschaftsmitglieder in der Zahlreiche gewährten. Ich kann mich nicht darum kümmern, daß man unsere jungen Freunde von Zeit zu Zeit einmal zusammenholen und sie mit ihnen in Kontakt mit dem Bergbau und Bergarbeiterjugendverein nicht möglich sein.

Das also ist ein Gewerkschaftsbund. Es gibt keine, die das Schimpfwort bei jeder Gelegenheit anwenden, manche, ohne seinen Sinn zu verstehen. Denen ein wenig auf die Stirn zu holen und ihnen eine Jugendabteilung zu schaffen. Da fehlt es nicht, daß man unsere jungen Freunde von Zeit zu Zeit einmal zusammenholen und sie mit ihnen in Kontakt mit dem Bergbau und Bergarbeiterjugendverein nicht möglich sein.

Das ist ein Gewerkschaftsbund. Es gibt keine, die das Schimpfwort bei jeder Gelegenheit anwenden, manche, ohne seinen Sinn zu verstehen. Denen ein wenig auf die Stirn zu holen und ihnen eine Jugendabteilung zu schaffen. Da fehlt es nicht, daß man unsere jungen Freunde von Zeit zu Zeit einmal zusammenholen und sie mit ihnen in Kontakt mit dem Bergbau und Bergarbeiterjugendverein nicht möglich sein.

Das ist ein Gewerkschaftsbund. Es gibt keine, die das Schimpfwort bei jeder Gelegenheit anwenden, manche, ohne seinen Sinn zu verstehen. Denen ein wenig auf die Stirn zu holen und ihnen eine Jugendabteilung zu schaffen. Da fehlt es nicht, daß man unsere jungen Freunde von Zeit zu Zeit einmal zusammenholen und sie mit ihnen in Kontakt mit dem Bergbau und Bergarbeiterjugendverein nicht möglich sein.

Das ist ein Gewerkschaftsbund. Es gibt keine, die das Schimpfwort bei jeder Gelegenheit anwenden, manche, ohne seinen Sinn zu verstehen. Denen ein wenig auf die Stirn zu holen und ihnen eine Jugendabteilung zu schaffen. Da fehlt es nicht, daß man unsere jungen Freunde von Zeit zu Zeit einmal zusammenholen und sie mit ihnen in Kontakt mit dem Bergbau und Bergarbeiterjugendverein nicht möglich sein.

Das ist ein Gewerkschaftsbund. Es gibt keine, die das Schimpfwort bei jeder Gelegenheit anwenden, manche, ohne seinen Sinn zu verstehen. Denen ein wenig auf die Stirn zu holen und ihnen eine Jugendabteilung zu schaffen. Da fehlt es nicht, daß man unsere jungen Freunde von Zeit zu Zeit einmal zusammenholen und sie mit ihnen in Kontakt mit dem Bergbau und Bergarbeiterjugendverein nicht möglich sein.

Das ist ein Gewerkschaftsbund. Es gibt keine, die das Schimpfwort bei jeder Gelegenheit anwenden, manche, ohne seinen Sinn zu verstehen. Denen ein wenig auf die Stirn zu holen und ihnen eine Jugendabteilung zu schaffen. Da fehlt es nicht, daß man unsere jungen Freunde von Zeit zu Zeit einmal zusammenholen und sie mit ihnen in Kontakt mit dem Bergbau und Bergarbeiterjugendverein nicht möglich sein.

Das ist ein Gewerkschaftsbund. Es gibt keine, die das Schimpfwort bei jeder Gelegenheit anwenden, manche, ohne seinen Sinn zu verstehen. Denen ein wenig auf die Stirn zu holen und ihnen eine Jugendabteilung zu schaffen. Da fehlt es nicht, daß man unsere jungen Freunde von Zeit zu Zeit einmal zusammenholen und sie mit ihnen in Kontakt mit dem Bergbau und Bergarbeiterjugendverein nicht möglich sein.

Das ist ein Gewerkschaftsbund. Es gibt keine, die das Schimpfwort bei jeder Gelegenheit anwenden, manche, ohne seinen Sinn zu verstehen. Denen ein wenig auf die Stirn zu holen und ihnen eine Jugendabteilung zu schaffen. Da fehlt es nicht, daß man unsere jungen Freunde von Zeit zu Zeit einmal zusammenholen und sie mit ihnen in Kontakt mit dem Bergbau und Bergarbeiterjugendverein nicht möglich sein.

Das ist ein Gewerkschaftsbund. Es gibt keine, die das Schimpfwort bei jeder Gelegenheit anwenden, manche, ohne seinen Sinn zu verstehen. Denen ein wenig auf die Stirn zu holen und ihnen eine Jugendabteilung zu schaffen. Da fehlt es nicht, daß man unsere jungen Freunde von Zeit zu Zeit einmal zusammenholen und sie mit ihnen in Kontakt mit dem Bergbau und Bergarbeiterjugendverein nicht möglich sein.

Das ist ein Gewerkschaftsbund. Es gibt keine, die das Schimpfwort bei jeder Gelegenheit anwenden, manche, ohne seinen Sinn zu verstehen. Denen ein wenig auf die Stirn zu holen und ihnen eine Jugendabteilung zu schaffen. Da fehlt es nicht, daß man unsere jungen Freunde von Zeit zu Zeit einmal zusammenholen und sie mit ihnen in Kontakt mit dem Bergbau und Bergarbeiterjugendverein nicht möglich sein.

Das ist ein Gewerkschaftsbund. Es gibt keine, die das Schimpfwort bei jeder Gelegenheit anwenden, manche, ohne seinen Sinn zu verstehen. Denen ein wenig auf die Stirn zu holen und ihnen eine Jugendabteilung zu schaffen. Da fehlt es nicht, daß man unsere jungen Freunde von Zeit zu Zeit einmal zusammenholen und sie mit ihnen in Kontakt mit dem Bergbau und Bergarbeiterjugendverein nicht möglich sein.

Das ist ein Gewerkschaftsbund. Es gibt keine, die das Schimpfwort bei jeder Gelegenheit anwenden, manche, ohne seinen Sinn zu verstehen. Denen ein wenig auf die Stirn zu holen und ihnen eine Jugendabteilung zu schaffen. Da fehlt es nicht, daß man unsere jungen Freunde von Zeit zu Zeit einmal zusammenholen und sie mit ihnen in Kontakt mit dem Bergbau und Bergarbeiterjugendverein nicht möglich sein.

Das ist ein Gewerkschaftsbund. Es gibt keine, die das Schimpfwort bei jeder Gelegenheit anwenden, manche, ohne seinen Sinn zu verstehen. Denen ein wenig auf die Stirn zu holen und ihnen eine Jugendabteilung zu schaffen. Da fehlt es nicht, daß man unsere jungen Freunde von Zeit zu Zeit einmal zusammenholen und sie mit ihnen in Kontakt mit dem Bergbau und Bergarbeiterjugendverein nicht möglich sein.

Das ist ein Gewerkschaftsbund. Es gibt keine, die das Schimpfwort bei jeder Gelegenheit anwenden, manche, ohne seinen Sinn zu verstehen. Denen ein wenig auf die Stirn zu holen und ihnen eine Jugendabteilung zu schaffen. Da fehlt es nicht, daß man unsere jungen Freunde von Zeit zu Zeit einmal zusammenholen und sie mit ihnen in Kontakt mit dem Bergbau und Bergarbeiterjugendverein nicht möglich sein.

Das ist ein Gewerkschaftsbund. Es gibt keine, die das Schimpfwort bei jeder Gelegenheit anwenden, manche, ohne seinen Sinn zu verstehen. Denen ein wenig auf die Stirn zu holen und ihnen eine Jugendabteilung zu schaffen. Da fehlt es nicht, daß man unsere jungen Freunde von Zeit zu Zeit einmal zusammenholen und sie mit ihnen in Kontakt mit dem Bergbau und Bergarbeiterjugendverein nicht möglich sein.

Das ist ein Gewerkschaftsbund. Es gibt keine, die das Schimpfwort bei jeder Gelegenheit anwenden, manche, ohne seinen Sinn zu verstehen. Denen ein wenig auf die Stirn zu holen und ihnen eine Jugendabteilung zu schaffen. Da fehlt es nicht, daß man unsere jungen Freunde von Zeit zu Zeit einmal zusammenholen und sie mit ihnen in Kontakt mit dem Bergbau und Bergarbeiterjugendverein nicht möglich sein.

Das ist ein Gewerkschaftsbund. Es gibt keine, die das Schimpfwort bei jeder Gelegenheit anwenden, manche, ohne seinen Sinn zu verstehen. Denen ein wenig auf die Stirn zu holen und ihnen eine Jugendabteilung zu schaffen. Da fehlt es nicht, daß man unsere jungen Freunde von Zeit zu Zeit einmal zusammenholen und sie mit ihnen in Kontakt mit dem Bergbau und Bergarbeiterjugendverein nicht möglich sein.

Das ist ein Gewerkschaftsbund. Es gibt keine, die das Schimpfwort bei jeder Gelegenheit anwenden, manche, ohne seinen Sinn zu verstehen. Denen ein wenig auf die Stirn zu holen und ihnen eine Jugendabteilung zu schaffen. Da fehlt es nicht, daß man unsere jungen Freunde von Zeit zu Zeit einmal zusammenholen und sie mit ihnen in Kontakt mit dem Bergbau und Bergarbeiterjugendverein nicht möglich sein.

Das ist ein Gewerkschaftsbund. Es gibt keine, die das Schimpfwort bei jeder Gelegenheit anwenden, manche, ohne seinen Sinn zu verstehen. Denen ein wenig auf die Stirn zu holen und ihnen eine Jugendabteilung zu schaffen. Da fehlt es nicht, daß man unsere jungen Freunde von Zeit zu Zeit einmal zusammenholen und sie mit ihnen in Kontakt mit dem Bergbau und Bergarbeiterjugendverein nicht möglich sein.

Das ist ein Gewerkschaftsbund. Es gibt keine, die das Schimpfwort bei jeder Gelegenheit anwenden, manche, ohne seinen Sinn zu verstehen. Denen ein wenig auf die Stirn zu holen und ihnen eine Jugendabteilung zu schaffen. Da fehlt es nicht, daß man unsere jungen Freunde von Zeit zu Zeit einmal zusammenholen und sie mit ihnen in Kontakt mit dem Bergbau und Bergarbeiterjugendverein nicht möglich sein.

Das ist ein Gewerkschaftsbund. Es gibt keine, die das Schimpfwort bei jeder Gelegenheit anwenden, manche, ohne seinen Sinn zu verstehen. Denen ein wenig auf die Stirn zu holen und ihnen eine Jugendabteilung zu schaffen. Da fehlt es nicht, daß man unsere jungen Freunde von Zeit zu Zeit einmal zusammenholen und sie mit ihnen in Kontakt mit dem Bergbau und Bergarbeiterjugendverein nicht möglich sein.

Das ist ein Gewerkschaftsbund. Es gibt keine, die das Schimpfwort bei jeder Gelegenheit anwenden, manche, ohne seinen Sinn zu verstehen. Denen ein wenig auf die Stirn zu holen und ihnen eine Jugendabteilung zu schaffen. Da fehlt es nicht, daß man unsere jungen Freunde von Zeit zu Zeit einmal zusammenholen und sie mit ihnen in Kontakt mit dem Bergbau und Bergarbeiterjugendverein nicht möglich sein.

Das ist ein Gewerkschaftsbund. Es gibt keine, die das Schimpfwort bei jeder Gelegenheit anwenden, manche, ohne seinen Sinn zu verstehen. Denen ein wenig auf die Stirn zu holen und ihnen eine Jugendabteilung zu schaffen. Da fehlt es nicht, daß man unsere jungen Freunde von Zeit zu Zeit einmal zusammenholen und sie mit ihnen in Kontakt mit dem Bergbau und Bergarbeiterjugendverein nicht möglich sein.

Das ist ein Gewerkschaftsbund. Es gibt keine, die das Schimpfwort bei jeder Gelegenheit anwenden, manche, ohne seinen Sinn zu verstehen. Denen ein wenig auf die Stirn zu holen und ihnen eine Jugendabteilung zu schaffen. Da fehlt es nicht, daß man unsere jungen Freunde von Zeit zu Zeit einmal zusammenholen und sie mit ihnen in Kontakt mit dem Bergbau und Bergarbeiterjugendverein nicht möglich sein.

Das ist ein Gewerkschaftsbund. Es gibt keine, die das Schimpfwort bei jeder Gelegenheit anwenden, manche, ohne seinen Sinn zu verstehen. Denen ein wenig auf die Stirn zu holen und ihnen eine Jugendabteilung zu schaffen. Da fehlt es nicht, daß man unsere jungen Freunde von Zeit zu Zeit einmal zusammenholen und sie mit ihnen in Kontakt mit dem Bergbau und Bergarbeiterjugendverein nicht möglich sein.

Das ist ein Gewerkschaftsbund. Es gibt keine, die das Schimpfwort bei jeder Gelegenheit anwenden, manche, ohne seinen Sinn zu verstehen. Denen ein wenig auf die Stirn zu holen und ihnen eine Jugendabteilung zu schaffen. Da fehlt es nicht, daß man unsere jungen Freunde von Zeit zu Zeit einmal zusammenholen und sie mit ihnen in Kontakt mit dem Bergbau und Bergarbeiterjugendverein nicht möglich sein.

Das ist ein Gewerkschaftsbund. Es gibt keine, die das Schimpfwort bei jeder Gelegenheit anwenden, manche, ohne seinen Sinn zu verstehen. Denen ein wenig auf die Stirn zu holen und ihnen eine Jugendabteilung zu schaffen. Da fehlt es nicht, daß man unsere jungen Freunde von Zeit zu Zeit einmal zusammenholen und sie mit ihnen in Kontakt mit dem Bergbau und Bergarbeiterjugendverein nicht möglich sein.

Das ist ein Gewerkschaftsbund. Es gibt keine, die das Schimpfwort bei jeder Gelegenheit anwenden, manche, ohne seinen Sinn zu verstehen. Denen ein wenig auf die Stirn zu holen und ihnen eine Jugendabteilung zu schaffen. Da fehlt es nicht, daß man unsere jungen Freunde von Zeit zu Zeit einmal zusammenholen und sie mit ihnen in Kontakt mit dem Bergbau und Bergarbeiterjugendverein nicht möglich sein.

